

Jour fixe vom 18.05.2026: Die umstrittene Staatsräson der BRD (GS 1-26)

Was hat es auf sich mit der Abgrenzung der CDU/CSU-Regierung in Koalition mit der SPD gegen die AfD und deren Betonung, eine Brandmauer unbedingt aufrechterhalten zu wollen? Was ist der Unterschied zwischen den Rechten und den ganz Rechten? Was treibt die jeweils um, wie treten sie an?

Merz hat als Programm, dass Deutschland in Europa und der Welt eine respektable Macht, eine Großmacht werden muss. Auf diese Herausforderung nimmt seine Reformagenda Bezug, sie ist die Quelle der Unzufriedenheit der Regierung mit dem Volk. Worin besteht die Unzufriedenheit?

10 — *In den Augen von Merz steht das arbeitende Volk zu sehr auf Work-Life-Balance, statt seine eigentliche Funktion für den Staat im Blick zu haben. Es fügt sich zu wenig in die Notwendigkeiten der kapitalistischen Produktion, um den Reichtum hervorzubringen, von dem der Staat profitiert, mit dem er seine Macht mehrt. Das Volk ist zu teuer, arbeitet zu wenig. Den bisherigen Sozialstaat will sich die BRD nicht mehr leisten, das Geld wird anderweitig benötigt. So sagt Merz neue Härten für das Volk an.*

15 Laut Merz muss sich die deutsche Nation in einem zunehmend herausfordernden Umfeld bewähren, er sieht sie in ihrer Rolle in Europa bzw. der Welt bedroht. Deshalb muss sich die Nation auch nach innen neu aufstellen, sie muss die Mittel für die beanspruchte Selbstbehauptung erwirtschaften und bereitstellen. Für vermehrtes Wirtschaftswachstum nimmt er die große Mehrheit in die Pflicht. Es muss erstens mehr gearbeitet werden, zweitens zu geringeren Löhnen und drittens darf das Wirtschaftswachstum nicht durch Kosten für einen Sozialstaat belastet werden, weil der Staat das Geld für seine Selbstbehauptung in anderer Weise verwenden will.

20 So charakterisiert Merz die Lage der Nation und spricht dabei von „wir“ und was wir „müssen“. Dabei ist das je nach Klassenlage sehr unterschiedlich. Indem er die Arbeitskosten als zu hoch bezeichnet und sagt, „wir“ alle müssten mehr arbeiten, definiert er, was die Nation insgesamt braucht. Je nachdem: Für die Masse der Leute braucht die Selbstbehauptung Deutschlands einfach mehr Armut; anders sieht die Unzufriedenheit mit der Wirtschaft aus. Da redet er zwar auch von der „deutschen Wirtschaft“, der Staat bezieht sich auf die Klasse der Unternehmer aber ganz anders als auf die große Masse des Volkes.

25 — *Wenn Merz vom Volk spricht, ist das der Auftakt zum Angriff auf deren bisherige Klassenlage: Deren Kosten sind zu hoch, die sind verwöhnt – siehe Lifestyle und Bürgergeld. Sein Urteil zur Wirtschaft dagegen lautet: Der muss geholfen werden, die muss wachsen, die leidet unter zu hohen Energiekosten und wirtschaftsfeindlichen Regelungen wegen Klima, Lieferkettengesetz und ähnlichem.*

30 Das ist ein sehr unterschiedlicher Bezug auf die Interessen: In der einen Abteilung kommen die vor, deren Interessen geopfert werden müssen. Dazu braucht es mehr Opferbereitschaft. Die Interessen der Kapitalisten dagegen sind prinzipiell im Recht, weil sie als die positive Bedingung für das genommen werden, was der Staat von der Wirtschaft will.

40 — *Da werden dann Regularien, die bis vor Kurzem als notwendig betrachtet wurden, als nicht mehr zeitgemäß geißelt, weil damit Wachstum verhindert wird. Klimawandel und anderes tritt in den Hintergrund. Kapitalinteressen werden von Schranken befreit, während umgekehrt den Arbeitenden, die ja in Wahrheit diejenigen sind, die für das Wachstum sorgen, neue Nöte aufgehalst werden.*

45 — *Die Regierung konstatiert ein Defizit an Mitteln, deshalb muss mehr Wachstum her. Dazu müssen die Kosten für das Arbeitsvolk runter, nur dann gibt es genug Mittel, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern.*

50 Ausgangspunkt ist, dass der Regierungschef unzufrieden ist mit dem Zustand seiner Nation. Er sieht die Nation herausgefordert durch andere Staaten und auswärtige Interessen, die Deutschlands Status in der Welt relativieren, infrage stellen und behindern. Das ist der Ausgangspunkt dafür, die innenpolitischen Verhältnisse ins Visier zu nehmen, dort einen enor-

men Reformbedarf auszumachen und anzunehmen, sie zu reformieren und anzupassen. Das ist der Witz an dem aktuellen Reformbedarf: Die Gesellschaft soll die für die Selbstbehauptung der Nation nötigen Mittel in ganz anderem Ausmaß als bisher zur Verfügung stellen.

55 — *Solche Staats-Drangsale kommen doch periodisch immer wieder. Prominentestes Beispiel sind die Schröder-Reformen in den Nuller-Jahren. Auch da ist damit argumentiert worden, dass Deutschland als Kapitalstandort in Konkurrenz zu anderen fit gemacht werden muss.*

Es ist schon ein Unterschied, ob man Standortpolitik betreibt, um Deutschland auf den Weltmärkten noch konkurrenzfähiger zu machen, oder ob man die stärkste Streitmacht Europas aufbauen will, ob es also um die Stellung der Nation als Gewaltsubjekt in der Staatenkonkurrenz geht. Zu diesem Aufwuchs der Machtmittel soll das Wachstum der deutschen Wirtschaft ertüchtigt werden.

65 — *Eine neue Durchschlagskraft auf internationaler Ebene soll her. Dafür muss das bisherige Sparen am Militär ein Ende haben, es wird viel mehr Geld in Waffen gesteckt.*

— *Die Besonderheit an den anstehenden Reformen ist, dass jetzt nicht nur an Wachstumshindernissen herumreformiert wird, sondern an Vorhaben, die vor Kurzem noch als Maßnahmen für nachhaltiges und künftiges Wachstum gegolten haben. Die Energiewende, die Deutschland zur dominierenden Macht für grüne Energie in Europa machen sollte, wird zu einer ideologisch motivierten, realitätsfernen Idiotie erklärt. Diese Zukunftsperspektiven, die der deutsche Standort sich auch noch unter der CDU auf die Fahne geschrieben hat, werden dem Bedarf nach unmittelbarem und schnellem Wachstum geopfert.*

Es ist noch allgemeiner: Merz relativiert mit seiner Reformagenda *alle* anderen Staatsgesichtspunkte außer der Freiheit des Kapitals zu gesteigertem Wachstum. Egal, ob etwas auf lange Sicht geschäftsdienlich sein sollte oder ob es einfach eine Rücksichtnahme auf Umwelt- oder Sozialgesichtspunkte war, alles was der Staat an eigenen Gesichtspunkten neben möglichst hohem Wachstum als möglichst große Grundlage seiner staatlichen Macht früher ins Auge gefasst hat, steht jetzt unter Vorbehalt und wird zurückgestutzt. Die oberste Maxime lautet Wachstum = Dienst am staatlichen Geldbedarf.

80 Die Relativierung früherer Standortpolitik erfolgt insofern nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Verabschiedung bisheriger Zwecke als ideologische Idiotien, sondern es wird explizit der aktuellen Weltlage Rechnung getragen, mit Verweisen auf explodierende Energiepreise und diverse Kriege, die die Konjunktur schwächeln lassen.

*

85 Zum Ausgangspunkt: Wo liegt der Unterschied der CDU/CSU zur AfD? Worin liegt die Gemeinsamkeit? Beide kritisieren die Lage Deutschlands. Merz ist unzufrieden mit Deutschlands Stellung in der Welt. Die AfD geht hauptsächlich damit hausieren, dass die Regierung das Wohl der deutschen Nation vergeigt.

90 — *Merz setzt auf den bisherigen Erfolgsweg der deutschen Nation: Deutschland als Führungsmacht in der EU. Der Ukraine-Krieg wird fortgeführt, um Russland aus Europa zu drängen. Die AfD kritisiert das: Die Führung in der EU sei nicht so entscheidend, man solle keine Souveränität an Europa abgeben. Der Krieg in der Ukraine sei nicht Deutschlands Sache, schade nur und man müsse sich mit Russland verständigen.*

95 — *Einigkeit gibt es weitgehend in der Migrationsfrage: Da hat es durchaus Veränderungen in der Republik gegeben. Dass die „Stadtbild“-Äußerung von Merz auf breite Zustimmung stieß, löste bei ihm Zufriedenheit mit seinem Volk aus. Ich würde das jedoch nicht, wie es der Artikel macht, als „fremdenfeindliche Borniertheit“ bezeichnen, denn das wirft auch die Presse in weiten Teilen dem Volk und Merz vor; in dem Sinne, dass Deutschland Migranten am Arbeitsmarkt und unter demographischen Gesichtspunkten brauche. Das Volk stört doch einfach die Tatsache, dass es Fremde sind, die nicht hierher gehören.*

100 Genau diese Charakterisierung, dass das Fremde das Störende ist, bringt die Borniertheit ja auf den Punkt. Darauf kann sich Merz positiv beziehen: auf diesen bornierten Blick auf die

Verhältnisse, dass seine Untertanen die Verhältnisse, mit denen sie zurechtkommen müssen, als Heimat wertschätzen, die erhalten werden muss; dass sie alles Negative ihrer Lebensumstände damit erklären, dass hier Fremde zugelassen werden, die nicht hierher gehören. Merz kann sich darauf verlassen, dass der Bürger auf die Weise die Nation zu seiner Sache macht, also sich als *Mitmacher* erster Güte präsentiert, der nichts unmittelbar an seinem Interesse misst.

— *Die rigorose Stellung gegenüber Migranten ist eine Gemeinsamkeit zwischen rechts und ganz rechts. Bis vor kurzem wurde die wirtschaftliche Notwendigkeit von Zuwanderung für Deutschland betont, was die AfD ablehnt. Der verschärfte Umgang mit den Migranten ist insofern ein Konkurrenzakt der regierenden Parteien, um der AfD ihren Hauptschlager aus der Hand zu nehmen, indem man ihn ins eigene politische Handeln integriert. Die Regierung will die AfD von der Macht fernhalten.*

Die regierenden Parteien beurteilen schon selber die Politik, die unter Merkel als Humanismus propagiert wurde – die Öffnung der Grenzen und die vielen Flüchtlinge – als einzigen großen Fehler, der den deutschen Sozialstaat nur belastet und ansonsten kriminelle Elemente u.ä. ins Land holt. Das ist positiv das Urteil und die Entscheidung der christlichen Parteien, auf einer Korrektur zu bestehen. Dass die Migrationswende Dobrindts nur dazu diene, der AfD den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist insofern nicht richtig. Auf den Unterschied zwischen dem eigenen deutschen Volk und den Fremden, deren erste Bestimmung darin besteht, nicht nach Deutschland zu gehören, pochen beide Seiten. Die Migrationswende hat das Ziel, möglichst viele davon fernzuhalten und diejenigen, die es bis ins Land geschafft haben, wieder loszuwerden. Das ist das politische Programm der regierenden Parteien und kein Reflex auf die Konkurrenz durch die AfD.

— *Es gibt ja auch den Vorwurf ausländerfeindlicher Borniertheit, die nicht zu Deutschland passe, und das ist doch eher ein Einwand der bisher regierenden Parteien gegen die AfD. Weltoffenheit galt als Erfolgsweg Deutschlands. Mittlerweile ist eine Identität der Standpunkte nicht zu bestreiten.*

So gibt es das auch als Vorwurf an die AfD. In dem Absatz über Merz auf S. 5 geht es dagegen darum, dass die Migrationspolitik, die die Regierung aktuell betreibt und die eine verschärfte Abwehr von Migranten zum Inhalt hat, vom Volk begrüßt wird. Da kann Merz positiv an der dem Volk schon eigenen „fremdenfeindlichen Borniertheit“ anknüpfen, dafür die Republik auf Vordermann zu bringen.

135 *

Die von den regierenden Parteien praktizierte Ausländerpolitik stellt die AfD natürlich nicht zufrieden.

— *Der Artikel hält fest, dass die AfD die Rolle einer demokratischen Opposition erfüllt: Sie beklagt z.B. die hohen Energiekosten in der Republik, eine Deindustrialisierung und die Migration als Problem. Sie misst die Regierung an deren eigenem Programm und beklagt mangelnde Umsetzung wegen fehlender Führung. Dass Merz mit seinem Programm nun möglichst schnell vorankommen will, um die AfD nicht zu bestätigen, zeigt, wie sehr sich die Regierung und die AfD in den Standpunkten einig sind.*

Die AfD nimmt die klassische Rolle einer oppositionellen Partei in der Demokratie ein, indem sie die amtierende Regierung an deren eigenen Vorgaben misst und ihr eine mangelnde Durchsetzung der angekündigten Vorhaben vorwirft. Sie wirft dem Kanzler vor, nicht richtig durchzuregieren, und macht ihm ein Kooperationsangebot: Mit ihr könnte er seine Ziele viel besser verwirklichen als mit der SPD.

Die einzelnen Punkte, die sie als Oppositionspartei an der Regierung kritisiert, fassen sich zusammen im Vorwurf schlechten Regierens, nicht konsequenten Durchregierens und fehlender Führungsstärke. Alle Unzufriedenheit des Bürgers wird so für das Grundbedürfnis des Bürgers, gut regiert zu werden, vereinnahmt – so betätigt sich die AfD als echte Volkspartei,

die den Willen des Volkes repräsentiert, das aufgrund mangelnder Führung einen berechtigten Grund zur Unzufriedenheit hat. Darin unterscheidet sich die AfD nicht von der SPD.

155 — *Mir leuchtet diese Charakterisierung der AfD nicht ein. Es stimmt, dass Alice Weidel im Parlament Merz als „Tu-Nix-Kanzler“ bezeichnet wie jede andere Opposition, die besseres Regieren einfordert. Angesichts von Aussagen Höckes, der die Wehrpflicht ablehnt, weil er die Nation aufgrund ihres derzeitigen Zustands für nicht verteidigungswert hält, tut sich allerdings eine ganz andere Differenz auf. Nur wegen der Formalie, dass sich die AfD als*
160 *Regierungsbeteiligung anbietet, kann man doch nicht behaupten, die Standpunkte würden sich nicht unterscheiden und die AfD sei wie jede andere Partei.*

Das ist ja auch nicht die Behauptung. Festzuhalten ist jedoch, worin die Differenz besteht. Nicht darin, dass sie sich als Alternative aufstellt, mit der man die wirklichen Probleme der Nation sehr gut in den Griff kriegen könnte, weil sie für ein konsequentes Durchregieren
165 sorgen würde. Darin ist sie Volkspartei. Es stellt sich also wirklich die Frage, was denn die AfD so anderes will, dass sich die etablierten Parteien so grundsätzlich von ihr angegriffen sehen, dass sie darauf bestehen, dass eine Zusammenarbeit mit der Partei auf keinen Fall in Frage kommt; was also die Differenz zwischen der AfD und den anderen Parteien ausmacht.

— *Aufgrund des bisher Besprochenen verwundert es nicht, dass sich politische Vertreter einiger Bundesländer eine Zusammenarbeit mit der AfD vorstellen können. Die politische Führung will die Brandmauer aber unbedingt aufrecht erhalten, denn die AfD ist ein inhaltlicher Angriff auf den Kurs der BRD. Sie lehnt das ab, womit die BRD nach dem Zweiten Weltkrieg groß geworden ist: die Eingliederung in die EU, den Tausch der D-Mark gegen den Euro und, ganz aktuell, den Ukraine-Krieg und den Kurs gegenüber Russland. Das ist*
170 *der allgemeine Grund für die Brandmauer.*

Wenn also Höcke sich gegen die Wehrpflicht ausspricht, weil er die Republik im gegenwärtigen Zustand für nicht wert hält, verteidigt zu werden, ist dem nachzugehen, worin sein Einwand besteht. Er hält doch den Erfolgsweg der Nation für grundverkehrt und das ist der Grund dafür, warum die regierenden Parteien die Brandmauer für notwendig halten. Der
180 Einwand ist ein inhaltlicher Angriff auf den Kurs der BRD.

— *Dann soll einerseits gesagt werden, die AfD handle wie eine ganz normale Opposition, andererseits habe sie einen ganz grundsätzlichen Einwand gegen den Kurs der Regierung. Warum ist die formelle Seite als oppositionelle Partei so wichtig?*

Weil das nicht nur formell ist, sondern erst einmal den Parteienstreit kennzeichnet. Die AfD
185 betätigt sich als Opposition wie aus dem demokratischen Lehrbuch, indem sie die Regierung an deren eigenen Maßstäben misst. Damit betreibt auch sie ihren Wahlkampf und beweist auf allen möglichen Feldern der Politik ihre Regierungsfähigkeit, von den Energiepreisen über die Renten usw.

— *Die AfD legt zwar sehr viel Wert darauf, sich demokratisch für ihre Politik zu legitimieren, die sich allerdings sehr von der gegenwärtigen unterscheidet.*

— *Deshalb nochmal: wenn die AfD die politischen Maßnahmen der Regierung als nicht genug durchgesetzt ins Visier nimmt, wählt sie aus: sie kritisiert das nur bei den Maßnahmen, die auch den Maßstäben der AfD entsprechen. Nur an denen bemängelt sie Politikversagen.*

195 Das unterscheidet sie nun gerade nicht, das macht jeder Wahlkämpfer so. Warum soll das ein Einwand dagegen sein, dass sie wie jede andere Volkspartei auftritt?

— *Vielleicht liegt es daran, dass es eigentlich keine richtige Charakterisierung ist, zu sagen, die AfD trete nur „formell“ als Volkspartei auf, dass also der Vorwurf unzutreffend ist, die AfD stehe eigentlich auf einem ganz anderen Standpunkt, nutze aber die demokratischen*
200 *Verfahrensweisen einer Opposition, um ihren Wahlkampf zu legitimieren. Schon bevor der Kanzler seinen Reformkurs eingeleitet hat, hat sie sich als die Alternative für Deutschland aufgestellt, die auch innenpolitisch eine radikale Gegenposition zum Kurs Merkels und zur Ampel im Angebot hatte. Damals hat sie nicht mangelndes Durchregieren angemahnt. Mit*

der von Merz aufgemachten Krisendiagnose kann sie jetzt einerseits sehr viel anfangen:
205 Deutschland befindet sich in einer Krise, aus der es nur herauskommt, wenn es radikale Re-
formen über sich ergehen lässt – das Volk muss ärmer werden, es muss moralisch wieder
auf Kampf und Opferbereitschaft eingestellt werden und der Wirtschaft müssen alle ideolo-
gisch verblendeten Wachstumshindernisse aus dem Weg geräumt werden. Nur so kann
210 Deutschland in der Welt überhaupt den Aufstieg machen, den es jahrzehntlang verschlafen
hat. In dieser Beurteilung der Krise Deutschlands ist aus Sicht der AfD der Kanzler endlich
aufgewacht, nimmt sich das vor, was sie schon immer sagen, macht das nur nicht ent-
schieden genug. Auf der anderen Seite wirft sie auch diesem Kanzler, wie allen vorherigen, Volks-
verrat und eine antinationale Politik vor. Ihren Anti-EU-Kurs würde sie für eine Regierungs-
beteiligung nicht über Bord werfen.

215 — Den Aufstieg Deutschlands buchstabiert die AfD aber ganz anders als Merz. Insofern
teilt sie nicht dessen Standpunkt, allenfalls die Notwendigkeit bestimmter politischer Maß-
nahmen. Den Standpunkt, sich kriegsfähig gegenüber Russland machen zu müssen, teilt sie
nicht.

So passt es dann auch zusammen. Im Verhältnis zur CDU/CSU konstatiert die AfD, dass
220 Merz vom Tenor her genauso wie die AfD diagnostiziert, dass etwas getan werden muss: So
wie die Nation dasteht, kann es nicht bleiben! Das Voranbringen der Nation muss mit Refor-
men in Angriff genommen werden. Der Standpunkt des nationalen Erfolgs, dass die Nation
ihren Status in der Welt sichern und voranbringen muss, ist beiden gemeinsam. Aus Sicht
der AfD bringt Merz die Nation aber gar nicht voran, sondern verwickelt sie in einen Krieg,
225 der der Nation bloß schadet. Das ist im Moment der Haupteinwand gegen die Politik der Re-
gierung. Das ist noch weiter zu klären. Für die CDU/CSU-Regierung ist in der näheren Zu-
kunft das Entscheidende, dass sich Deutschland aufstellt und in die Lage versetzt, russische
Ansprüche auf die Ukraine und überhaupt auf Gestaltung der Ordnung in Europa zurückwei-
sen zu können, auch per Krieg. Dem steht in der AfD eine Partei gegenüber, die genau das
230 für absolut unbekömmlich für Deutschland hält, weil die nationalen Interessen auf diese
Weise gefährdet würden. Das ist der Inhalt dieses Gegensatzes.

— Wenn Höcke sich fragt, wozu Deutschland eine Wehrpflicht braucht angesichts des mi-
serablen Zustands der Nation, wendet er sich gegen die Aufrüstung der BRD. Die Regierung
unter Merz sieht das genau umgekehrt: Für die verschafft die Aufrüstung der BRD den Stel-
235 lenwert einer militärisch aufgerüsteten Ordnungsmacht.

— Die AfD hat nicht ernsthaft etwas gegen Aufrüstung. Dass man Deutschland zu einer
respektablen Großmacht hochrüsten muss, die autonom militärisch handlungsfähig ist, ver-
tritt sie vehement. Sie hat den Vorgängerregierungen ja vorgeworfen, genau das vernachläss-
igt zu haben. Aber wofür die Nation das braucht und wer der Feind ist, den man dann be-
240 kämpft, darin unterscheiden sie sich. Gegen Militarismus hat Höcke nichts.

— Die AfD wirft den bisherigen Regierungen ja auch vor, dass der Krieg in der Ukraine
gegen Russland gar nicht deutsches Interesse sei, sondern dass die Deutschen sich zum Büt-
tel der USA machten. Trotz Trumps Absage an den Ukraine-Krieg gibt es diesen Vorwurf im-
mer noch.

245 Die Regierung unter Merz steht auf dem Standpunkt, dass Deutschlands Größe unbedingt
erstens eine erfolgreiche Fortführung des Krieges in der Ukraine erfordert, zweitens eine
darüber hinausweisende Aufrüstung und drittens den weiteren Ausbau der Europäischen
Union über ein Wirtschaftsbündnis hinaus zu einem militärisch ernst zu nehmenden Subjekt.
Die AfD polemisiert gegen diese in ihren Augen vaterlandsfeindliche Räson und führt den
250 Ukraine-Krieg als Beleg dafür an, dass die nationalen Interessen Deutschlands verraten wer-
den. Für diese Sichtweise erhält sie in wachsendem Ausmaß Zulauf. Was ist die Grundlage
für diese beiden konträren Standpunkte?

— Die gemeinsame Bezugsgröße ist die Souveränität Deutschlands, die Machtfülle, mit
der die Nation nach innen und außen agieren kann. Während Merz und die Regierungspar-
255 teien die Grundlage ihrer Macht in dem Status sehen, den sie innerhalb des europäischen

Bündnisses an der Seite Amerikas als Garantiemacht erreicht haben, hält die AfD genau das für schädlich für die Größe der Nation, weil die EU und andere Bündnisse Rücksichten und Kompromisse erfordern, die nationale Ambitionen verhindern und nationale Interessen beschneiden. Die AfD will die EU als loses Bündnis ohne Verpflichtungen auf Maßnahmen, die in Brüssel beschlossen werden und deutschen Interessen entgegenstehen. Diese Sicht ist weit verbreitet im Volk, das die Beschwerde der AfD über das Diktat der EU und die Schwäche der Regierung, sich dagegen zu wehren, teilt.

Worauf sie sich da bezieht bzw. was sie da aufgreift und mit dem Volk teilt, ist die eine Seite des Widerspruchs, der in der Sache selber liegt: Die Teilhabe an Bündnissen, sei es in der EU, der NATO oder der UNO, bedeutet einerseits einen *Zugewinn* an Einfluss und Macht im und durch das Bündnis, andererseits ist damit ein *Souveränitätsverzicht* verbunden. Während die Regierung die Bündniszugehörigkeit als notwendiges Mittel für die deutsche Machtentfaltung betrachtet und als *Souveränitätsgewinn* verbucht, sieht die AfD darin nur den *Souveränitätsverzicht*, die Unterordnung des Vaterlands und den Ausverkauf nationaler Interessen. Als Belege dafür führt sie die Aufgabe der nationalen Währung, die Bündnispflicht in der NATO und die Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland an.

Die Kritik der AfD an der offiziellen Politik kulminiert im Ukraine-Krieg: Er sei „nicht unser Krieg“, beschädige nur die bisher guten Beziehungen zu Russland, werde aber trotzdem weitergeführt und in einem Scherbenhaufen enden. Im Gegensatz dazu hält Merz einen Sieg der Ukraine über Russland für unabdingbar für Deutschlands Status in der europäischen Friedensordnung usw. Das ist der Grund, weshalb es mit einer Partei, die diesen staatsmaterialistischen Inhalt in Frage stellt, keine Zusammenarbeit geben darf. Die Brandmauer gegen die AfD muss aufrechterhalten werden.

— *Die AfD sieht in Russland keinen Feind, gegen den man Krieg führen muss. Ihr Hauptargument gegen den Krieg ist, dass er der Nation schadet, weil sich Deutschland von der Ukraine ausnützen lasse und sich zum Handlanger ausländischer Mächte mache. Diesen Standpunkt ergänzt die AfD mit dem Argument, der Krieg sei außerdem nicht zu gewinnen.*

Die verschiedenen Argumente sollte man nicht in eine Rangordnung bringen, das tut die AfD auch nicht. Sie weist selber darauf hin, dass angesichts des Rückzugs der USA ein Krieg gegen die Atommacht Russland nicht zu gewinnen ist. Die Regierung schade Deutschland, wenn sie weiterhin die Ukraine unterstütze, so die AfD. Sie mache sich Russland zum Feind, anstatt die guten Beziehungen mit Russland zum eigenen Vorteil zu pflegen. Dieser Standpunkt stellt das erklärte Essential der Regierungspolitik fundamental in Frage und kennzeichnet es als Verstoß gegen die nationalen Interessen.

— *Merz begründet die Unterstützung der Ukraine doch gar nicht mit dem nationalen Interesse, sondern verweist auf die europäische Friedensordnung, die Unverrückbarkeit der Grenzen, Werte, gegen die Russland verstoße, und bringt sich als Hüter internationalen Rechts ins Spiel.*

Das sind die Rechtfertigungen dafür, dass der Krieg für Deutschland unverzichtbar ist: das würden höhere Werte gebieten. Wenn Merz sagt, Russland dürfe den Krieg nicht gewinnen, heißt das nichts anderes, als dass Deutschland seine Macht über die Gewaltverhältnisse in Europa durchsetzen muss.

— *Die Durchsetzung der europäischen Friedensordnung gegen Putin, dem man vorwirft, er wolle die zu Europa gehörenden Staaten wieder zu seinen Satelliten machen, zeigt, dass Deutschland die Bestimmungsmacht über den europäischen Kontinent beansprucht.*

*

Worauf beruht dieser Anspruch? Warum konnte er bisher Gültigkeit beanspruchen? Für die Beantwortung dieser Fragen muss man sich noch einmal das Konzept der friedlichen Eroberung des Kontinents durch die EU in Erinnerung rufen.

— *Die BRD hat nach zwei verlorenen Kriegen seit Adenauer darauf gesetzt, ihre Machtstellung über die Anbindung an die NATO und die militärische Stärke der USA als Front-*

staat der NATO gegen die SU auszubauen. Dieser Weg wurde innerhalb und mit der EU konsequent weiterverfolgt und führte schließlich zur Auflösung der SU. Nach dem Wegfall des Systemgegners wurde die friedliche Eroberung auf die ehemaligen Satellitenstaaten der SU ausgeweitet. An sie erging das alternativlose Angebot, sich mit Kredit aus dem Westen dem Kapitalismus zu öffnen und in den Schutz der NATO zu begeben. Diese Kalkulation ging auf.

— Diese Einsicht der Politiker nach zwei verlorenen Kriegen hatte einen Grund: Sie verdankte sich dem Verbot der Siegermächte, dass sich Deutschland gleich wieder bewaffnet – bald darauf, mit dem kalten Krieg, war ihm die Wiederbewaffnung nur im Rahmen der NATO erlaubt. Das von den USA vorgeschriebene und durchgesetzte Gewaltverbot in Kombination mit dem Konkurrenzgebot auf Basis der an den Dollar gebundenen D-Mark ermöglichte der BRD dann ihren Erfolgsweg. Auf dieser Grundlage gelang es Deutschland, seinen Kapitalismus voranzubringen, Märkte zu erobern und zu einem Konkurrenten der USA bei der kapitalistischen Benutzung der Welt aufzusteigen.

— Das ist richtig. Trotzdem haben sich Adenauer und alle deutschen Politiker Gedanken gemacht, wie Deutschland wieder eine Großmacht werden kann. Das Gewaltverbot ist das eine, das Streben nach nationaler Größe das andere.

Der wirkliche Ausgangspunkt und eigentliche Grund für den deutschen Erfolgsweg ist und bleibt die Politik Amerikas. Adenauer und seine Nachfolger bezogen sich für ihre nationalen Interessen immer auf die von den USA eingerichteten Verhältnisse und benutzten die von Amerika gesetzten Bedingungen.

Was macht den heutigen Status Deutschlands als mächtige Nation in der Welt aus? Erstens ist Deutschland Mitglied der NATO und zweitens Führungsmacht in der EU. Die Mitgliedschaft im mächtigsten Militärbündnis der Welt hat die Grundlage dafür geschaffen, dass sich Deutschland mit seinen ökonomischen Mitteln die europäischen Staaten politisch und ökonomisch zuordnen konnte. Das Gewaltverbot, die Verpflichtung der Staaten darauf, dass sie untereinander mit ihren ökonomischen und politischen Mitteln konkurrieren müssen, und dass die Entscheidungshoheit über Krieg und Frieden einzig und allein bei der von den USA geführten NATO liegt, war die Grundlage, die den ökonomischen Potenzen der europäischen Staaten „die Qualität einer politischen Zwangsgewalt“ (S. 8) verschafft hat. Die für die fortschreitende Erweiterung der EU vorgesehenen Staaten Westeuropas und, nach dem Zusammenbruch der SU, auch die Staaten in Osteuropa waren für ihr ökonomisches Fortkommen auf der Basis entschiedener Gewaltverhältnisse alternativlos auf die Teilnahme an der kapitalistischen Konkurrenz auf dem europäischen Markt und auf den vor allem aus Deutschland kommenden Kredit angewiesen.

Für diesen Status in der Staatenkonkurrenz, aus dem Deutschland seine Macht und Stärke bezieht, hat sich Entscheidendes geändert: Erstens hat Russland durch den Einmarsch in die Ukraine die friedliche Eroberung Europas bis an die Grenzen Russlands gestoppt und in Frage gestellt. Zweitens ist die militärische Grundlage für diese Sorte friedlicher Expansion nicht mehr garantiert, seit Trump an der Regierung ist. Das Voranschreiten gegen Russland ist nicht mehr selbstverständlich im Rahmen der NATO mit Unterstützung der Führungsmacht USA abgesichert. Beides soll durch den Krieg, den die Ukraine gegen Russland führt, unbedingt wiederhergestellt werden. Deshalb muss der Krieg, den die Ukraine gegen Russland austrägt, gewonnen werden. Und genau das ist die entscheidende Differenz der Regierung zur AfD.

— Merz setzt weiter auf den bewährten Weg, um Deutschland zu einer Großmacht zu machen und sucht Mitstreiter dafür. Die „Koalition der Willigen“ aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland bereitet sich auf einen Krieg gegen Russland vor und unterstützt die Ukraine.

Nur, den bewährten Weg können sie ja gerade nicht weitergehen angesichts der neuen Fakten.

— *Sie legen jetzt immense Aufrüstungsprogramme auf, um die als nötig erachtete und für 2029 anvisierte Kriegsfähigkeit insbesondere gegen Russland zu erreichen.*

360 Genau das ist neu und anders als bisher: Die Grundlage, das gültige Gewaltverbot als Basis dafür, dass man mit seinen ökonomischen Mitteln auch veritable Machtmittel in der Hand hat, existiert nicht mehr. Also muss Europa seinen Status in der Welt durch eigene militärische Fähigkeiten sichern.

Das ist die Konsequenz, die Merz und andere europäische Staaten in der „Koalition der Willigen“ aus der neuen Lage ziehen. Angesichts der ausbleibenden Rolle der USA in der NATO sehen sie die Notwendigkeit, sich für das Vorankommen der EU in Europa und darüber hinaus als eigenständiges, in der Perspektive gleichwertiges militärisches Subjekt aufstellen zu müssen. Das schließt ein, dass Deutschland nicht nur auf sich selbst schaut. Wenn Deutschland als weltmächtiger Staat in der Welt auftreten will, muss es eine gemeinsame europäischen Militärmacht voranbringen. Dafür muss weiterhin die EU als die Grundlage aufrechterhalten werden, aus der Deutschland und auch der gesamte europäische Raum weiter die ökonomischen Mittel bezieht, die für dieses Militärprogramm nötig sind.

370 — *Dieses Auftreten Deutschlands und sein Programm, sich als militärische Weltmacht aufzustellen, schließt für die EU neue, umstrittene Seiten ein: Als Militärmacht muss sie ohne die USA und die NATO gegen die russische Atommacht gerüstet sein.*

Die EU ist eben kein Militärbündnis und ist sich darin gar nicht einig. Daher haben sie erst einmal für den Ukraine-Krieg die „Koalition der Willigen“ gegründet. Es ist ein sehr anspruchsvolles Projekt, die Einigkeit in der EU herzustellen, die unbedingt erforderlich ist.

380 — *Die Einigkeit, dass gegen Russland Krieg geführt werden muss, gibt es doch. Ebenso eine Übereinstimmung darin, dass es die Zusammenführung der militärischen Mittel braucht. Etliche Maßnahmen zur Herstellung eines europäischen Militärs wurden und werden schon getroffen.*

Ja, diesen Fortschritt gibt es. Deutschland und anderen ist es sogar gelungen, eine weitgehende Einigkeit über die Notwendigkeit des Ukraine-Kriegs in Europa durchzusetzen. Aber das kollektive Subjekt, das Deutschland für seinen Status in der Welt herstellen will, existiert noch nicht. Dies herzustellen, daran arbeitet die Merz-Regierung. Für die AfD geht das überhaupt nicht.

390 — *Ungarn und andere legen immer wieder Steine in den Weg und es gibt auch kein einheitliches Oberkommando über die Streitkräfte, wie es von der Leyen oder andere gern hätten. Vor allem wird es nie eine Einigkeit dafür geben, die EU zum Sockel für Deutschlands Größe zu machen. Wenn, dann ist die EU für alle Einzelstaaten der Sockel für ihre eigene Größe und kein einheitlicher Wille.*

Das ist genau der Widerspruch, auf den sich Parteien wie die AfD beziehen und den auch Ungarn aufgreift: Die amtierenden Konservativen bemühen sich darum, die EU auf militärischer Ebene zu einem Subjekt zu einigen und den Zusammenschluss der EU darüber hinaus zu einem Staatenbündnis zu betreiben, denn nur in der Einbindung in eine wirtschaftlich und militärisch geeinte EU sieht die Merz-Regierung den Erfolgsweg Deutschlands, um als Macht in der Welt weiterhin und gestärkt auftreten zu können. Von anderen und der AfD wird genau gegen diesen Erfolgsweg der Standpunkt geltend gemacht, es komme auf die Größe der eigenen Nation an, die durch Einbindung in supranationale Institutionen nur Unterordnung und einen Verlust an nationaler Souveränität erfahre. Das ist für sie Verrat am nationalen Erfolg.

400 — *Dabei ist es ja gerade die Benutzung dieser Institutionen, die Deutschland zu seinem Erfolg verholfen hat.*

405 Und dabei hat es auch für Deutschland als Führungsmacht in der EU und als wichtige Macht in der NATO immer schon den Widerspruch gegeben, dass man diese Stellung als mächtige Nation nur dadurch hat, dass man sich eingliedert in das NATO-Bündnis und in die EU. Für

Deutschland hat sich das bewährt, auch wenn es sich dafür ein Stück weit diesen übergeordneten Institutionen oder Organisationen unterordnen musste.

410 Zudem war die Unterordnung unter die USA als Führungsmacht der NATO alternativlos. Mit dem Rückzug der USA ist eine ganz neue, andere Konkurrenz um die Führungsmacht in Europa auf der Tagesordnung.

— *Dabei ist fraglich, dass Deutschland die Führungsmacht wird, denn es gibt durchaus Konkurrenten.*

415

*

Jetzt hat man eigentlich erst beisammen, wie es zusammenpasst, dass die AfD einerseits eine demokratische Oppositionspartei ist, die die Regierung daran misst, wie erfolgreich sie ihr eigenes Programm durchsetzt, und dass andererseits die AfD doch politisch für etwas ganz anderes steht. Die AfD tritt als demokratische Oppositionspartei gegen das an, was die Nation sich vornehmen soll und will. Das führt genau zu der entscheidenden Differenz zwischen Konservativen auf der einen Seite und der AfD auf der anderen Seite: Merz hält eine Neuaufstellung der Nation für unabdingbar, um den Krieg in der Ukraine gegen Russland erfolgreich führen zu können. Dafür will er eine militärisch aufgerüstete EU gründen, die bestehende EU dafür in die Pflicht nehmen und seinem Programm unterordnen. Dagegen pocht die AfD von ihrem nationalistischen Standpunkt aus darauf, die Souveränität der Nation hochzuhalten, und sie wirft Merz vor, durch die Einordnung in die NATO und EU die nationalen Interessen zu verraten.

— *Wenn die AfD so gegen das Merz-Programm auftritt und damit Erfolge in Wahlen erzielt, wird die Abgrenzung durch die Brandmauer für die Regierung umso notwendiger. Schließlich will die Regierung Deutschland massiv auf- und ausrüsten, um in Europa eine Ordnungsmacht darzustellen. Dafür muss das Volk mobilisiert und wehrhaft werden und „die Sprache der Gewalt“ lernen.*

— *In der Überschrift (S. 10) heißt es, es geht dabei um einen „politischen Kampf um Volksidentität“. Der Kampf geht darum, worin der Aufstieg der Nation besteht und wie er zu verfolgen ist. Dafür will man das Volk gewinnen, gegen den politischen Gegner. Provokativ gesagt: Macht man den Aufwuchs Deutschlands mit Europa oder ohne Europa, mit dem Krieg gegen Russland oder ohne diesen Krieg.*

„Mit oder ohne Europa“ ist zu kurz. Sie benennen ja selber auf die eine oder andere Weise den Widerspruch, den sie jeweils in diesem Programm sehen und der ja auch darin steckt. Das Programm beinhaltet eben auch die Seite der Unterordnung unter Europa, also eine kollektivierte Souveränität und einen gewissen Souveränitätsverzicht. Den verurteilt die AfD als Verrat an der Nation.

— *Vom Standpunkt der CDU/CSU ist es umgekehrt ein Verrat an der Größe der Nation, wenn man auf die Einbindung und das Bündeln der Kräfte verzichtet. Deutschland im Alleingang, um den Preis, seine Stellung in der Welt zu verlieren, ist in ihren Augen ein Verrat an der Nation.*

— *Genau so wird der Verratsvorwurf an die AfD zurückgegeben. Daran sollen sich die Leute abarbeiten, was sie auch tun. Das Ergebnis zeigt sich am nächsten Wahlausgang.*

*

— *Nochmal zurück zu S. 7/8/9: Der staatsmaterialistische Inhalt der Brandmauer gegenüber der AfD besteht darin, dass die eine andere Republik will. Das ist deshalb so relevant, weil der bisherige Erfolgsweg der BRD, Machtgewinn durch Souveränitätsverzicht mit der Einbindung in supranationale Institutionen, tatsächlich abrupt beendet worden ist durch die „zwei Katastrophen“: die russische Invasion in der Ukraine und Trumps Absage an diesen europäischen NATO-Krieg.*

— *Dennoch hört Merz ja nicht auf, auf die Stärkung von supranationalen Organisationen und die Einbindung Deutschlands darin als Instrument deutscher Machtentfaltung zu setzen.*

460 Weil dem bisherigen deutschen und europäischen Imperialismus der friedlichen Eroberung
der Staaten des ehemaligen Ostblocks durch Putin und Trump der Boden entzogen ist, macht
sich die deutsche Politik daran, einen Ersatz dafür zu schaffen. Sie macht eben nicht einfach
so weiter wie bisher. Denn Deutschland ist nun mal allein – gemessen an seinen Ansprüchen
– zu klein. Es sieht den einzigen Weg zur notwendigen neuen Größe darin, dass es als Füh-
rungsmacht Europa neu zusammenschweißen muss, damit es der deutschen Macht die ab-
handen gekommene Grundlage *ersetzt*.

465 — *Die AfD dagegen hält einen anderen Erfolgsweg für nötig. Insofern ist die Brandmau-
er nicht bloß eine wertmäßige, ethisch oder ideologisch bestimmte, sondern ganz handfest.
Für die AfD ist die Verortung der deutschen Staatsräson im Supra-Nationalismus ein einzi-
ger Verrat an dem, wie sich die Nation eigentlich aufzustellen hat. Und für Merz und Co.
sind diese beiden Katastrophen die Zerstörung ihrer bisherigen Grundlage, weshalb sie so
470 unzufrieden sind mit der Nation – und spiegelbildlich der AfD Verrat an der Nation vorwer-
fen.*

Für die AfD ist insbesondere der Ukraine-Krieg ein riesiges Desaster, weil Deutschland da
nach Auffassung der AfD nicht für sich kämpft, sondern für einen anderen Staat – obendrein
auch noch gegen Putins Russland, mit dem man doch so nützliche Beziehungen hatte und
475 haben könnte usw. Das steht absolut quer zum aktuellen Programm der deutschen Regie-
rung, die sich in dieser geänderten Lage mit und in Europa neu aufstellen *muss*; es für abso-
lut notwendig erklärt, die Ukraine so zu unterstützen, dass sie Russland in diesem Krieg be-
siegen kann. Das ist der handfeste Inhalt des unüberwindbaren Gegensatzes zwischen der
AfD und der Regierung.

480 Nach der deutschen Ansage muss Deutschland sich und Europa militärisch so aufrüsten,
dass Deutschland weiterhin und zukünftig so anspruchsvoll auf der Welt auftreten und sich
durchsetzen kann – gerade gegen Russland –, wie es das zuvor mit der NATO und darin vor
allem mit den USA im Rücken gekonnt hat. Das wieder herzustellen ist das Programm. Was
im Artikel richtigerweise als *Katastrophe* für die Nation bezeichnet ist, nimmt die Politik als
485 Herausforderung, damit so umzugehen, dass ihr Programm trotzdem vorangeht. Dafür
strengt sie alles an.

Klarmachen kann man sich das auch so: Stünde Deutschland ökonomisch und militärisch
richtig gut da oder wäre der bisherige Erfolgsweg nicht durch Putin und Trump aufgekündigt
worden, hätte Merz auf der einen Seite nichts daran auszusetzen, würde die Nation loben
490 usw. Andererseits würde sich die AfD mit ihrer Forderung nach einer alternativen Staatsrä-
son und damit, der Regierung Verrat an den nationalen Interessen, Souveränitätsverlust usw.
vorzuwerfen, sehr schwer tun. Schließlich gibt es diese Sorte rechter Einwände schon so lan-
ge, wie es die EU gibt. Insofern verdankt sich der Erfolg, das Emporkommen der AfD auch
dem, dass der bisherige Erfolgsweg der Nation verloren gegangen ist.

495 Im *Wahlkampf* in Deutschland (S. 10) wird der benannte Gegensatz in der Sache zwischen
der AfD und den regierenden Parteien in einer sehr verfremdeten Form ausgetragen: Sie
streiten sich darum, was eigentlich das deutsche Volk ausmacht: mehr für völkische Identität
oder mehr für Weltoffenheit usw.

— *Die Wähler sollen sich in diesem Kampf um die Staatsräson mit der einen oder ande-
500 ren Partei identifizieren, daher werden sie so angesprochen. Unter die Räder kommen sie
bei der einen wie bei der anderen Variante.*

Die Leute werden in der Wahl nur als *Parteigänger* der Nation angesprochen. Auf der
Grundlage sollen sie darüber rechten, welche Politik diese nationale Gemeinschaft, als die
sie sich verstehen sollen, am besten voranbringt – und dann entsprechend die Richtigen
505 wählen.

Was die Leute davon haben, ist ein anderes Thema. Das Üble ist, dass der Brandmauer-Streit
um den richtigen Weg Deutschlands auf einer Ebene ausgetragen wird, auf der das Interesse
der Leute von vornherein rausgekürzt ist: Wenn es darum geht, wie Nationalismus in kriege-

510 rischen Zeiten richtig geht, ist vorab schon klar, dass die Leute da nicht nach ihrem Interesse gefragt werden.

*

Beim nächsten Jour Fixe am **1. Juni 2026** wird der Artikel „Venezuela und so weiter – Das auserwählte amerikanische Volk holt sich seine Hemisphäre zurück“ (GS 1-26) besprochen.